

Standgehalten

Vor 50 Jahren legten Zehntausende Drucker und Setzer in der BRD die Arbeit nieder. Die IG Druck und Papier ging gestärkt aus dem Arbeitskampf hervor

Von Florian Osuch

Im April und Mai des Jahres 1976 streikten Zehntausende Arbeiter der Druckindustrie der BRD. Der Arbeitskampf war mehr als ein Ringen für mehr Lohn – er war ein Aufstand gegen staatliche Bevormundung und ein Kampf um das Überleben eines Berufs.

Mitte der 1970er Jahre erlebte die Wirtschaft Westdeutschlands eine schwere Krise. Massenarbeitslosigkeit und Kurzarbeit erzeugten Verunsicherung unter den Arbeitern. Unternehmerverbände und Wirtschaftsinstitute propagierten das Übliche: Man brauche »Entlastung« von den Lohnkosten. Bundeskanzler Helmut Schmidt (SPD) mischte sich mit der Aussage ein, die Gewinne von heute seien die Investitionen von morgen und die Arbeitsplätze von übermorgen. Die gewerkschaftliche Kampfkraft um Lohnerhöhung war schlecht, der Druck auf die Gewerkschaften hoch. Die meisten DGB-Gewerkschaften fügten sich der Forderung nach einer »Lohnpause«. Sie schlossen Verträge, die Reallohnverluste bedeuteten – bei gleichzeitig steigenden Unternehmensgewinnen. Eine gewichtige Rolle spielten auch die politische Loyalität zur SPD und die Rücksicht auf die bevorstehende Bundestagswahl.

Anfang 1976 zeichnete sich eine Belebung der Produktion ab, die Arbeitslosigkeit blieb jedoch hoch. Bundesregierung und Sachverständigenrat »empfahlen«, dass Lohnsteigerungen im laufenden Jahr fünf Prozent nicht übersteigen sollten. Es war mutig, dass genau zu diesem Zeitpunkt die Tarifkommission der IG Druck und Papier die Forderung nach einer Lohnerhöhung von neun Prozent aufstellte – Reallohnsicherung statt bloßem Inflationsausgleich.

Blei weicht Licht

Die Forderung war kein revolutionärer Akt, sondern nüchterne Konsequenz der Realität. Die Investitionen in der Druckindustrie hatten das Gegenteil dessen bewirkt, was sich Kanzler Schmidt gewünscht hatte. Die Branche hatte seit Mitte der 1960er Jahre eine dramatische Umwälzung erfasst. Der traditionelle Bleisatz – ein jahrhundertealtes Handwerk – wurde vom elektronisch gesteuerten Lichtsatz verdrängt. Modernere Lichtsatzcomputer schafften ein Vielfaches einer herkömmlichen Bleisetzmaschine. Die Folgen waren verheerend: Über 30.000 Arbeitsplätze in der Druckindustrie waren

vernichtet worden. Die Gewerkschafter schlussfolgerten: Wenn Investitionen nicht zu mehr Arbeitsplätzen führen, gibt es keinen Grund für Lohnverzicht. Hinzu kam eine psychische Dimension des Wandels. Die traditionellen Drucker und Schriftsetzer waren qualifizierte Facharbeiter und stolze Handwerker, die sich mit dem Beruf oft stark identifizierten.

Die Forderung der Druckgewerkschaft war das Resultat monatelanger Basisarbeit. Zentrale Figuren waren die Mitglieder des Hauptvorstands Leonhard Mahlein (Vorsitzender der IG Druck seit 1968), Erwin Ferlemann und Detlef Hensche. Das Trio hatte in den Monaten zuvor im ganzen Land Dutzende Mitglieder- und Funktionärsversammlungen besucht. Die Diskussion war breit, die Mobilisierung transparent und ungewöhnlich früh angelaufen. So wurden sowohl der zurückhaltende Teil der Mitgliedschaft, der aus Angst um die Arbeitsplätze auf Lohnzurückhaltung setzte, als auch die streikfreudigen Mitglieder angesprochen. Die Forderung nach Lohnerhöhung zwischen acht und zwölf Prozent war also ein Kompromiss. Der Bundesverband Druck (BVD) bezeichnete dies als »Funktionärsforderung«. Die Verhandlungen am 23. März endeten ergebnislos. Es folgten Warnstreiks in rund 150 Betrieben. Am 13. April scheiterte die zentrale Schlichtung, weil die Gewerkschaft den Schiedsspruch von 5,4 Prozent Lohnerhöhung ablehnte. Bei einer Urabstimmung der Mitglieder der IG Druck und Papier stimmten 88,2 Prozent für Streik.

Am Mittwoch, dem 28. April 1976, um 14 Uhr begann der Streik in 48 großen Zeitungsbetrieben in der BRD. Rund 15.000 Arbeiter und Angestellte beteiligten sich. Nur Stunden später verkündete der BVD die bundesweite Aussperrung über eine ganze Branche. Diese Maßnahme erwischte die vergleichsweise kleine Gewerkschaft kalt: Statt für 15.000 Streikende musste sie nun für rund 70.000 ausgesperrte Mitglieder Streikgeld aufbringen.

Die Aussperrung empörte die Arbeiter, doch die gemeinsame Betroffenheit schuf Solidarität. Zum 1. Mai kamen so viele Drucker und Schriftsetzer auf die Maikundgebungen der Gewerkschaften wie lange nicht mehr. Am Abend des 1. Mai hob der BVD die Aussperrung auf. Der Streik wurde vorerst ausgesetzt. Die Gewerkschaft war zu Gesprächen bereit, doch der Verhandlungsführer des BVD erklärte, man stehe weiter auf dem Stand der letzten Schlichtung. Die Arbeiter waren empört, und die Basisarbeit des Trios Mahlein/Ferlemann/Hensche entfaltete ihre Wirkung. Als eine Woche später die zentrale Streikleitung zum Totalstreik aufrief, legten fast einhunderttausend Beschäftigte der Branche die Arbeit nieder. Statt der üblichen 21,5 Millionen Tageszeitungsexemplare erschienen an manchen Tagen nur rund 1,5 Millionen Exemplare.

Solidarität wirkt

Nach rund zwei Wochen Arbeitskampf einigten sich beide Seiten auf einen Kompromiss. Sechs Prozent Lohnerhöhung sowie eine Einmalzahlung waren zwar kein Sieg, denn der Reallohn war damit allenfalls knapp gesichert. Die Gewerkschaft hatte aber etwas Wichtigeres erkämpft: Sie hatte gezeigt, dass Solidarität wirkt, und staatliche Eingriffe in die Tarifautonomie zurückgewiesen.

In den Jahren 1977/78 kämpften die Drucker und Schriftsetzer weiter um ihre Arbeitsplätze. Landesweite Streiks wurden von großen Protestaktionen begleitet. Den technischen Wandel konnten sie nicht aufhalten, aber es wurde ein Tarifvertrag über die Einführung und Anwendung rechnergesteuerter Textsysteme erreicht. Langfristig ersetzten Rationalisierung, Automatisierung und später die Computerisierung die arbeitsintensiven handwerklichen Tätigkeiten vollständig ([siehe jW vom 9.8.2025](#)). Trotzdem ging die Gewerkschaft gestärkt aus den Arbeitskämpfen hervor. Sie hatte bewiesen, dass der Satz, die Gewinne von heute seien die Arbeitsplätze von übermorgen, damals schon eine Lüge war.

Die IG Druck und Papier hatte zudem gezeigt, dass sie zweimal in kurzer Folge gegen eine übermächtig scheinende Gegenseite aus Unternehmerverbänden, Politik und teils wütend schnaubender Presse bestehen konnte. Der Organisationsgrad war hoch, ihre Mitglieder kampferfahren, ihre Führung trotz interner Spannungen bereit, Konflikte auszutragen. [Leonhard Mahlein](#) (1921–1985) blieb noch bis 1983 Vorsitzender der IG Druck und Papier. Sein Nachfolger Erwin Ferlemann (-1930–2000) kämpfte für die 35-Stunden-Woche, die Mitte der 1980er Jahre schrittweise eingeführt wurde. Ferlemann transformierte die Gewerkschaft zur IG Medien, deren Vorsitzender er bis 1992 blieb. Dann übernahm [Detlef Hensche](#) (1938–2023), unter dessen Leitung die IG Medien die 35-Stunden-Woche abschließend durchsetzte, jedoch nur für Westdeutschland. Hensche führte die IG Medien bis zur Gründung der Gewerkschaft Verdi im Jahr 2001.

Gesellschaftliche Kontrolle ist nötig

»Entgegen der üblichen Unternehmerpropaganda herrschen in der Druckindustrie keineswegs technische Sachzwänge, die zu bestimmter Arbeitsaufteilung, die zur Hinnahme bestimmter Arbeitsbedingungen, die auf breiter Front zu Dequalifizierung führen müssten. Die Technik kann auch zum Wohle der Beschäftigten eingesetzt werden, also zum Nutzen derer, die sie durch ihre tägliche Arbeit überhaupt erst möglich gemacht haben. Etwa, um die Arbeitszeit zu verkürzen, um die Arbeitsbedingungen menschengerechter, abwechslungsreicher und zugleich anspruchsvoller zu gestalten. Nur – die Verhältnisse, sie sind nicht so. Unter der Herrschaft des Profitprinzips werden die Unternehmer neue Techniken stets mit dem Ziel extremer Gewinnsteigerung und Kostensenkung einführen. (...) Die Gewerkschaften sind nicht in der Lage, allein mit tariflichen Mitteln die ›Herrschaft des Profitprinzips‹ zu brechen. Auch die Nutzung neuer Technologien zugunsten des gesellschaftlichen Fortschritts können die Gewerkschaften, auf sich allein gestellt, nicht durchsetzen. Bei allen tarifpolitischen Erfolgen müssen wir erkennen: Politische Lösungen sind unerlässlich. Ohne wirksame Mitbestimmung, ohne gesellschaftliche Kontrolle großer Investitionen wird es nicht möglich sein, den technischen Fortschritt zugunsten der Mehrheit unseres Volkes nutzen. Aber: Die Gewerkschaften sind aufgerufen und in der Lage, Erreichtes zu halten, weitere Verschlechterungen abzuwehren und erzielte Fortschritte auszubauen.«

→ Aus: Leonhard Mahlein: Streik in der Druckindustrie: Erfolgreicher Widerstand. In: *Gewerkschaftliche Monatshefte* 1978/05, S. 262 f. Die

[Gewerkschaftlichen Monatshefte](#), herausgegeben vom Bundesvorstand des DGB, waren von 1950 bis 2004 das theoretische Diskussionsorgan des DGB.

<https://www.jungewelt.de/artikel/521565.gewerkschaften-standgehalten.html>